

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.



Das "Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Zugspreis bei Einschaltung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 0 Pfg., vierteljährlich 2,40 Pfg.; bei den Postämtern vierteljährlich 2,40 Pfg., ohne Zustellungsgebühr. / Die Postämter, Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsleute nehmen überall Bestellungen entgegen. / Im Falle plötzlicher Gewalt - Krieg oder sonstiger außergewöhnlicher Ereignisse der Zeitungen, der Lieferanten oder der Druckereianstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Bezahler in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in betrüblichem Umfang oder nicht erscheint. / Einzelheftpreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht beständig zu übernehmen, sondern an den Verlag, die Geschäftsstelle oder die Geschäftsstelle, / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Verwaltung: Berlin SW 46.

für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff sowie für das Forstrentamt zu Tharandt. Postfach-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Nr. 38 Sonnabend den 15. Februar 1919. 78. Jahrg.

Ämtlicher Teil.

Seifenlieferung.

Laut Anordnung des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes vom 28. Dezember 1918 Reichsgezeblatt Seite 1475) dürfen auf den Februar-Abschnitt der neuen Seifenkarten einmal statt 50 Gramm 100 Gramm R.-A.-Seife abgegeben werden. / Meißen, am 11. Februar 1919. / Die Amtshauptmannschaft.

Seefisch-Verkauf.

Sonnabend den 15. Februar 7-11 Uhr bei Humpisch gelbe Lebensmittelkarten. / Wilsdruff, am 14. Februar 1919. / Der Stadtrat - Kriegswirtschaftsabteilung. / Es wird höflichst gebeten, alle Inserate möglichst frühzeitig, spätestens aber bis 11 Uhr vorm. aufzugeben.

Die Programmrede Scheidemanns.

Das neue Reichsministerium.

ml. Weimar, 13. Februar. / Nach mehrtägigen Verhandlungen ist es gelungen, für das Kabinett unter dem Vorsitz Scheidemanns die Antervertellung endgültig vorzunehmen. Heute stellte sich das neue Ministerium der Nationalversammlung in folgender Zusammenlegung vor: / Präsident des Reichsministeriums Philipp Scheidemann / Vertreter des Ministerpräsidenten und Reichsminister der Finanzen Schiffer / Reichsminister des Auswärtigen Graf Brockdorff-Rausau / Reichsminister des Innern Dr. Preuß / Reichsarbeitsminister Bauer / Reichswirtschaftsminister Wissel / Reichsernährungsminister Robert Schmidt / Reichsjustizminister Landsberg / Reichswehrminister Noske / Reichskolonialminister Dr. Bell / Reichspostminister Giesberts / Reichsminister des Demobilisationsamtes Dr. Koeth / Reichsminister ohne Portefeuille Dr. David, Erzberger, Gothein.

taufen. Als größte Erregungsmacht des neuen Rechtszustandes begrüßt Scheidemann die Gleichstellung der Frauen. / Übergehend auf Krieg und Niederlage nennt er es das Schlimmste in der Tragik eines so Niederlage bestimmten Volks, daß es vor der brutalen Wahrheit die Augen schließen müsse, an ein Befestigen nicht glauben dürfe, wenn es daselbe nicht herbeiführen wolle. / Der 9. November enthalte die nackte Wahrheit. / Das unser Volk in diesem furchtbaren Augenblick noch die Kraft besäße, die alten Söhne zu zertrümmern und die eigene Herrschaft auszuweisen, darin erblickt der Ministerpräsident die härteste Bürgschaft für die Zukunft. / Er schildert dann die Übernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit seiner parlamentarischen Forderung der Regierungsbildung von vornherein mit einer Erblande vor dem Geist der Demokratie beladen gewesen sei. / Er geht auf die veränderte Gewaltverhältnisse einer verwegenen Minderheit über, auf deren Befähigung und den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. / Diese habe die Nationalversammlung stets als Ort und Ziel der Kontroverse befähigt, während sie doch nichts anderes sein kann als die Versammlung, welche die magna charta der Revolution beschließen müsse. / Der Ausfall der Wahl hat die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht, der eine breite Vertrauensgrundlage zu geben war. / Die so aufgebaute neue Regierung habe nun die schwere Aufgabe, den Frieden zu schließen. / Er schildert dann die Übernahme der Regierung, das Zusammenarbeiten mit den Unabhängigen, das mit seiner parlamentarischen Forderung der Regierungsbildung von vornherein mit einer Erblande vor dem Geist der Demokratie beladen gewesen sei. / Er geht auf die veränderte Gewaltverhältnisse einer verwegenen Minderheit über, auf deren Befähigung und den daran anschließenden Austritt der Unabhängigen. / Diese habe die Nationalversammlung stets als Ort und Ziel der Kontroverse befähigt, während sie doch nichts anderes sein kann als die Versammlung, welche die magna charta der Revolution beschließen müsse. / Der Ausfall der Wahl hat die Bildung einer Koalitionsregierung notwendig gemacht, der eine breite Vertrauensgrundlage zu geben war. / Die so aufgebaute neue Regierung habe nun die schwere Aufgabe, den Frieden zu schließen.

Pariser Zwischenspiele.

Die Pariser Konferenz hat sich bekanntlich gegen jede Geheimdiplomatie erklärt und dabei den Pressevertretern einen täglichen Bericht ihrer Arbeiten zu geben versprochen. / Sie hat ihr Wort gehalten. Die Presse erhält täglich einen Bericht. / Nur lautet er anders für die französische, als für die englische und amerikanische Presse. / So kommt es, daß man in der ganzen Welt auf Vermutungen über den Stand der Verhandlungen angewiesen ist und daß man nur mit Sicherheit eines weiß: daß zwischen den Verbündeten über mancherlei für den Fortgang der Verhandlungen wichtige Fragen starke Meinungsverschiedenheiten herrschen. / Und noch eines kann die Welt der Fälle der einander widersprechenden Nachrichten entnehmen: daß Frankreich vor dem zusammengebrochenen Deutschland in hanger Furcht lebt und deshalb immer neue Sicherungen vor der Rache des veräulerten und gedemütigten Feindes verlangt. / Man muß an diese sinnlose, fast kindliche Furcht Frankreichs glauben, wenn man nicht annehmen will, daß alle die "Sicherungen" nur gefordert werden, um uns der letzten wirtschaftlichen Kraft zu berauben, um uns für immer und auf allen Gebieten weltbewerbsunfähig zu machen. / Dazu kommt aber, daß man nachgerade sich von der Unmöglichkeit überzeugt hat, den Zustand zwischen Krieg und Frieden, diese ewig bewaffnete Bereitschaft der Ententebeere noch beliebig lange fortzuführen. / In Italien, England und Frankreichs Heeren, nicht minder in den Scharen, die unter dem Sternbanner kämpfen, ertönt immer wieder der Schrei: "Nach hauset Nacht ein Ende!" / Und unter dem Druck dieser Stimmung hat sich denn der Oberste Kriegsrat entschlossen, wenn irgend möglich bald zu einem endgültigen Frieden zu gelangen. / In diesem Zweck will man auf die immer wiederkehrende Erneuerungen des Waffenstillstandes verzichten und den Waffenstillstand am 17. d. Mts. in eine militärische Konvention verwandeln. / Diefem ersten Akt des endgültigen Friedens sollen später politische, wirtschaftliche und die Wehrabteilungen betreffende Bestimmungen hinzugefügt werden. / Das klingt außerordentlich zukunftsreich; denn unter einer Konvention verstand man bisher ein Abkommen Gleichberechtigter, das auf dem Wege des Verhandels durch Geben und Nehmen und unter beiderseitigen Zugeständnissen abgeschlossen wurde. / Wir aber dürfen und wollen uns keinen Illusionen hingeben. / Unter Ausnutzung unserer Notlage wird Frankreich - denn um dieses handelt es sich im wesentlichen - ungehindert durch Amerika und die anderen Verbündeten unsere endgültige und restlose Wehrlosmachung bestimmen. / Wenn man Berichten holländischer Blätter Glauben schenken darf, so will Frankreich die deutsche Wehrmacht auf 20 bis 25 Divisionen festsetzen und als "Sicherheit" für die Verabfertigung der "deutschen Wehrmacht" auf diese Biser die Beilegung Effens mit Umgebung, sowie sämtlicher Nord- und Ostseehäfen verlangen. / Nach anderen Berichten soll auch die Auslieferung allen Wehrmaterials gefordert werden, das nicht für die Bedürfnisse der Deutschland belassenen Armee benötigt wird. / In diese "Konvention" erfüllt, dann will Frankreich, wollen die Alliierten in aller Ruhe ihre Demobilisation durchführen. / Die Einzelheiten des ganzen Planes werden erst bekanntgegeben werden. / Doch wird man diesmal den deutschen Unterhändlern länger Frist zur Erklärung der Zustimmung oder Ablehnung lassen, weil für das neue Waffenstillstandsabkommen die Unterschrift der gesamten Regierung und der Nationalversammlung in Weimar gefordert wird. / In den Kreisen der Verbündeten ist man überzeugt, daß Frankreich nach Durchsetzung dieser Forderungen zufriedengestellt sein und endlich seinen Widerstand gegen den Völkerbund aufgeben wird. / Darum aber handelt es sich für Wilson in erster Linie. / Amerikas Volk will den Völkerbund, den es als Grundlage des Friedens und als Sicherung gegen die Wiederkehr des Krieges betrachtet. / Und so mußte denn Wilson, der Verehrte, in die neue Abzupfung Deutschlands einfließen, mußte es Deutschland völlig opfern, um wenigstens

Von dem anfänglichen Plan, sieben Angehörige der Reichheitssozialdemokratie, je drei Zentrumskräfte und drei bürgerliche Demokraten zu ernennen, während man den Grafen Brockdorff-Rausau gleichsam als Neutralen beibehalten wollte, ist also insofern abgewichen worden, als noch ein zweiter Neutraler, der Reichsminister des Demobilisationsamtes, Dr. Koeth, in das Kabinett aufgenommen wurde. / Das Ministerium besteht also nun aus 15 Mitglieder und zählt sieben Reichheits-Sozialdemokraten, Scheidemann, Bauer, Wissel, Robert Schmidt, Landsberg, Noske und Dr. David. / Dem Zentrum gehören drei Minister an, Dr. Bell, Giesberts und Erzberger. / Die Demokraten stellen ebenfalls drei Männer, Schiffer, Dr. Preuß und Gothein, während man die Herren Graf Brockdorff-Rausau und Dr. Koeth wohl vorläufig als Neutrale, d. h. keiner Partei zugehörig, bezeichnen darf. / Sieben Sozialdemokraten stehen also drei Vertreter der bürgerlichen Richtung gegenüber. / Dr. Koeth war im Kriege aktiver Offizier, Oberstleutnant und Chef der Robottfabrikation im deutschen Kriegswirtschaftsministerium. / Herr Koeth ist jedoch aus der Armeekategorie ausgeschieden und leitete bisher schon das Demobilisationsamt, das aber erst jetzt zu dem Range eines Reichsministeriums erhoben wurde und natürlich nur für eine vorübergehende Zeitspanne bestehen bleibt.

Scheidemanns Programmrede.

11. Sitzung. / ml. Weimar, 13. Februar. / Die neuen Reichsminister nahmen bei Beginn der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf den Regierungstischen Platz, darunter auch Dr. David, der nicht das Amt des Präsidenten der Versammlung schon innebesetzt hat. / Den Vorsitz führt Vizepräsident Haußmann. / Die Wahl des neuen Präsidenten soll morgen erfolgen, als sicherer Kandidat erscheint der jetzige Vizepräsident Feherbach vom Zentrum. / Alsobald nimmt Ministerpräsident Scheidemann unter gespannter Aufmerksamkeit des Hauses das Wort zu seiner großen politischen Programmrede. / Er fährt u. a. aus: / Mein erstes Wort soll ein Bekenntnis sein zu dem Gedanken der Volksherrschaft, den diese Verammlung verkörpert. / Aus der Revolution geboren, ist es ihr Beruf, das geistige Gut der Revolution vor Verschleuderung zu bewahren, es zum dauernden Besitz des Volkes zu machen. / Er fährt fort: / Seit dem B. mentritt dieser Verammlung gäbe es auf deutschem Boden keine rechtmäßige Gewalt, die nicht von ihr verliehen, in ihrem Auftrag ausgeübt werde. / Die provisorische Regierung habe schon in ihrer ersten programmatischen Erklärung vom 9. November die Wahl angekündigt und gegen alle Widerstände durchgeführt. / Jetzt wäre die Zeit der Gewaltverhältnisse ein für allemal vorüber und keine Macht der Welt werde jemals ungeduldet wagen dürfen, das gleiche politische Recht aller Volksgenossen anzu-

feine mit neuen Kriegsvorbereitungen ausgefüllte Ermattungsphase eines ewigen Kriegszustandes der Völker, sondern eines Friedens auf dem Boden einer Weltverfassung. / Der Scheidemann verlangt Festhaltung am Programm des Präsidenten Wilson, nach dem Deutschland das Vaterland aller sein solle, die Deutsche und als Deutsche frei sein wollen. / Ein niedergelatenes Deutschland wäre für alle Völker der Welt ein Unglück und eine Gefahr, und wie zur Zeit der militärischen Erfolge Deutschlands unsere Aldeutschen eine Bedrohung der Welt gewesen seien, so seien es jetzt die Aldeutschen des Auslandes. / Wer die alte Welt in unveränderter Form wieder aufzurichten wolle, sei der gefährlichste Gegenrevolutionär. / Die vorläufige Verfassung durchzuführen, heißt Scheidemann die demokratische Ordnung des Heereswesens voran, das jeden einzelnen Angehörigen der bewaffneten Macht jede Freiheit wahren, der Arme als Ganzem aber das Treiben einer eigenen Politik verbietet, sei es eine tonalische oder bolschewistische. / Für das Zusammenarbeiten zwischen Reich und Einzelstaaten bestimmt hat der Minister zu dem Grundlag: Einheit in Freiheit. / Der Ministerpräsident erinnert noch einmal an die Ergebnisse der Wahl vom 19. 1. / die feiner Gesellschaftsordnung das absolute Übergewicht gegeben habe und verleiht Eintreten der sozialistischen Mitglieder des Kabinetts von Volk zu Volk für ihre Überzeugung, ohne dadurch eine mit dem Geist der Demokratie unvereinbare Pression auszuüben. / Der Spruch des Volkes, laut der Ministerpräsident endlich, habe die Regierungspartei zur Gemeinsamkeit der Arbeit aufgefordert. / Nun gelte es, an diese Arbeit zu gehen: Bahn frei für das drängende, ungehobte Neue. / Dann werden wir es schaffen!

Reichspräsident Ebert an die Presse.

ml. Weimar, 13. Februar. / Bei dem Empfang der Pressevertreter prägte der Präsident in einer Ansprache den Satz, daß die Demokratie auf ihrem Wege zur Sozialisierung die Mitarbeit einer von jeder Beschränkung entbundenen freien Presse mit ihren Anregungen und Vorschlägen zu schätzen wissen werde. / Aber die Sozialisierung sei vollkommene Abvereinbarung bei der neuen Regierung erfolgt worden. / Danach sollen Wirtschaftszweige, die nach ihrer Art und ihrem Entwicklungsgang einen privatmonopolistischen Charakter angenommen haben und dadurch zur Sozialisierung reif geworden sind, auf Reich, Staat, Gemeindeverbände und Gemeinden zu übernehmen sein, und als solche Wirtschaftszweige werden besonders erwähnt die Bergwerke und die Erzeugung von Energie. / Deutschland sei reif geworden zur Demokratie, nun müsse es reif werden zum Sozialismus. / Die Ansprache wurde von den versammelten Pressevertretern günstig aufgenommen und mit einem Hoch auf den Präsidenten erwidert.

Fachgem. Ausfuhrung / Schnelle Lieferung / 28 Jahre alt / 2031 an d. / d. Bl. erbeten. / edern- / weiskaut! / fefedern zum / fefhen. / ft. Nachnahme / Saft. / 20.